

# Konspirative politische Händel

## Helmut Golowitsch legt Österreichs bisweilen heuchlerisch betriebene Südtirolpolitik offen

Ob unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich die Chance für die in eindrücklichen Willensbekundungen der Bevölkerung sowie in politischen und kirchlichen Petitionen zum Ausdruck gebrachte Forderung nach Wiedervereinigung des 1918/19 schandfriedensvertraglich geteilten Tirols bestand, ist unter Historikern umstritten. Unumstritten ist, daß sich das Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946, Grundlage für die (weit später erst errungene) Autonomie der „Provincia autonoma di Bolzano“, dem die regierenden Parteien sowie der zeitgeistfromme Teil der Opposition in Wien, Innsbruck und Bozen heute den Rang einer „Magna Charta für Südtirol“ zubilligen, laut Diktum des früheren Bundeskanzlers Bruno Kreisky (SPÖ) für Österreichs Politik mitunter als „furchtbare Hypothek“ erwies. VON PROF. DR. REINHARD OLT

Den allem Anschein nach fügte sich der österreichische Außenminister Karl Gruber seinerzeit in Paris ebenso seinem italienischen Gegenüber Alcide De Gasperi wie den drängenden Siegermächten, um überhaupt etwas mit nach Hause bringen zu können. Es waren jedoch nicht allein die aus der (geo-)politischen Lage herrührenden Umstände und die Unzulänglichkeiten des damals zur Friedenskonferenz entsandten österreichischen Personals sowie das mitunter selbstherrliche Gebaren Grubers respektive der Druck, den die (west-)alliierten Siegermächte auf die Beteiligten ausübten, die schließlich ein anderes als das von den (Süd-)Tirolern erhoffte Ergebnis zeitigten. Eine soeben abschließend im Grazer Leopold Stocker Verlag erschienene, aus drei voluminösen Bänden bestehende Dokumentation des Linzer Zeithistorikers und Publizisten Helmut Golowitsch zeigt, daß vor und hinter hinter den Kulissen weitere Akteure am Geschehen beteiligt waren.

Manche, wie insbesondere Rudolf Moser, Leiter der in Sachsenburg (Kärnten) situierten „A. Moser & Sohn, Holzstoff- und Pappenfabrik“, übten demnach einen bisher weithin unbekanntem und im Blick auf das von der weit überwiegenden Bevölkerungsmehrheit in beiden Tirol sowie in ganz Österreich erhoffte Ende der Teilung des Landes fatalen Einfluß aus. Mosers lautloses Mitwirken inkognito erstreckte sich nahezu auf den gesamten für den Südtirol-Konflikt zwischen Österreich und Italien bedeutsamen Geschehensablauf vom Kriegsende

bis zur sogenannten Paketlösung Ende der 1960er Jahre, bisweilen lenkte er ihn in bestimmte Bahnen.

### Ein Emissär

Der 1901 in Wien geborene und in der christlich-sozialen Bewegung politisch sozialisierte Moser gehörte als Industrielles vornehmlich auf die regierende Österreichische Volkspartei (ÖVP) stark einwirkenden Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft an. Mit dem ersten Bundeskanzler Leopold Figl, den er als seinen „engsten Jugendfreund“ bezeichnete, verband ihn, wie er vermerkte, „in allen Belangen [...] stets gegenseitige und vollständige Übereinstimmung und Treue“. In Italien, wohin seine Firma gute Geschäftskontakte unterhielt, hielt sich Moser häufig für längere Zeit auf und kam mit namhaften Persönlichkeiten des Staats ebenso wie mit katholischen Kreisen und dem Klerus in engen Kontakt. Moser, den auch Papst Pius XII. mehrmals in Rom persönlich empfing, wirkte zudem als Vertrauensmann des Vatikans. Insofern nimmt es nicht wunder, daß der die italienische Sprache mündlich wie schriftlich nahezu perfekt Beherrschende und absolut diskret Agierende sich nach 1945 geradezu ideal für die Aufnahme, Pflege und Aufrechterhaltung einer trotz Südtirol-Unbill äußerst belastbaren Verbindung zwischen ÖVP und Democrazia Cristiana (DC) eignete, die sich weltanschaulich ohnedies nahestanden. Dazu paßte, daß er sich der Rolle des (partei-)politischen Postillons und verdeckt ar-

beitenden Unterhändlers mit geradezu missionarischem Eifer hingab.

### Die verkaufte „Herzensangelegenheit“

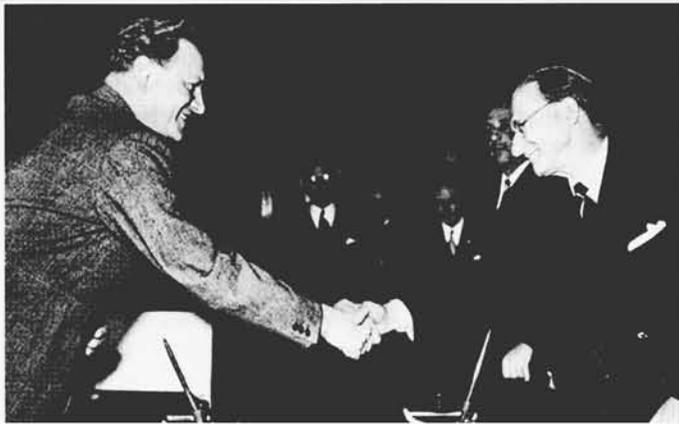
Das erste für das Nachkriegsschicksal der Südtiroler bedeutende und in seiner Wirkung fatale Wirken Mosers ergab sich im Frühjahr 1946. Während nämlich die österreichische Bundesregierung – besonders Kanzler Figl, der in seiner Regierungserklärung am 21. Dezember 1945 vor dem Nationalrat gesagt hatte: „Eines aber ist für uns kein Politikum, sondern eine Herzenssache, das ist Südtirol. Die Rückkehr Südtirols nach Österreich ist ein Gebet jedes Österreicher“ – offiziell die Selbstbestimmungslösung mittels Volksabstimmung verlangte, die Außenminister Gruber gegenüber den Siegermächten und dem Vertreter Italiens in Paris bis dahin einigermassen aufrechterhalten hatte, wurde Rom auf der Ebene parteipolitischer Beziehungen vertraulich darüber in Kenntnis gesetzt, daß sich Wien gegebenenfalls auch mit einer Autonomielösung anstelle eines Plebiszits einverstanden erklären könne. Das Signal dazu gab Figl via Moser, der über Vermittlung eines Priesters aus Welschtirol (Trentino) den gebürtigen Trientiner De Gasperi am 3. April 1946 im Palazzo del Viminale, dem Amtssitz des italienischen Ministerpräsidenten, zu einer ausgiebigen Unterredung traf. Daß es dem Kanzler primär um gutnachbarschaftliche politische (und wirtschaftliche) Beziehungen Wiens zu Rom sowie vielleicht mehr

noch um freundschaftliche Verbindungen zwischen seiner ÖVP und De Gasperi DC zu tun war, und daß er damit der alldem entgegenstehenden Sache Südtirols – wider alle öffentlichen Bekundungen und Verlautbarungen – schadete, spricht Bände.

### Widersprüchliches Gebaren

Dieses widersprüchliche politische Gebaren sollte sich, wie Golowitsch in Band 1 seiner Dokumentation – „Südtirol – Opfer für das westliche Bündnis. Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte“, Graz 2017 – zeigt, unter allen auf Figl folgenden ÖVP-Kanzlern bis in die für das österreichisch-italienische Verhältnis äußerst schwierigen 1960er Jahre fortsetzen, unter der

**Der österreichische Außenminister Karl Gruber schloß 1946 mit dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi in Paris ein Abkommen, das Südtirol die Autonomie bringen und die Gleichberechtigung der deutschen Sprache garantieren sollte. Tatsächlich wurde die Autonomie Südtirols aber erst sehr viel später errungen, und das Abkommen erwies sich in den Worten Bundeskanzler Kreiskys als „furchtbare Hypothek“ für Österreichs Politik.**



ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus seinen Kulminationspunkt erreichen und darüber hinaus – wie man als Beobachter späterer Phasen hinzufügen muß – gleichsam eine politische Konstante bilden, der in aller Regel die beanspruchte Schutz(macht)funktion Österreichs für Südtirol untergeordnet worden ist. Allen damals führenden ÖVP-Granden stand Rudolf Moser als emsig bemühtes, lautlos wirkendes und wirkendes Faktotum zur Seite: Sei es als Organisator konspirativ eingefädelter Spitzentreffen – mehrmals in seinem Haus in Sachsenburg –, sei es als Emissär, mal als besänftigender Schlichter, mal als ansponnender Impulsgeber. Mitunter war er verdeckt als Capo einer geheimen ÖVP-Sondierungsgruppe unterwegs oder auch gänzlich unverdeckt als Mitglied einer offiziellen ÖVP-Delegation auf DC-Parteitagen zugegen. Und nicht selten nahm er die Rolle eines Beschwichtigers von ÖVP-Politikern und -Funktionären wahr.

### Geheime Treffen

So regte er eine geheime Begegnung Figls mit De Gasperi im August 1951 im Hin-

terzimmer eines Gasthauses am Karerpaß in Südtirol an, wohin der in Matri (Osttirol) sommerfrischende österreichische und der in Borgo (Valsugana) urlaubende italienische Regierungschef reisten, um sich „auf halbem Wege“ und „nach außen hin zufällig“ zu treffen. Über Inhalt und Ergebnis, worüber es keine Aufzeichnungen gibt, und weitere konspirative Begegnungen mit anderen Persönlichkeiten wurden weder Süd- noch Nordtiroler Politiker informiert. Während des gesamten Zeitraums, für die Golowitschs Dokumentation steht, agierten ÖVP-Kanzler und ÖVP-Parteiführung unter gänzlichem Umgehen der dem südlichen Landesteil naturgemäß zugetanen Tiroler ÖVP. Das ging sogar

so weit, daß der legendäre Landeshauptmann Eduard Wallnöfer wegen „wachsender Unstimmigkeiten mit der Wiener Parteizentrale“ – insbesondere während der Kanzlerschaft des Josef Klaus, zu dem er ein „unterkühltes Verhältnis“ hatte – ernsthaft eine „Unabhängige Tiroler Volkspartei“ (nach Muster der bayerischen CSU) in Erwägung zog. Indes war der aus dem Vinschgau stammende Wallnöfer nicht allein wegen der Südtirol-Frage, aber vor allem in dieser Angelegenheit dem Außenminister und nachmaligen Kanzler Bruno Kreisky (SPÖ) ausgesprochen freundschaftlich verbunden.

Beim zweiten Geheimgespräch Figls mit De Gasperi am 18. und 19. August 1952 sorgte Moser, der es arrangiert hatte, eigens dafür, den italienischen Regierungschef inkognito über den Grenzübergang Winnebach nach Osttirol zu schleusen und von dort aus auf sein Anwesen in Sachsenburg (Bezirk Spittal/Drau) zu geleiten. Während zweier Tage unterhielten sich De Gasperi und Figl bei ausgedehnten Spaziergängen unter vier Augen; niemand sonst war zugegen.

In einem späteren Rückblick, angefer-

tigt zu Weihnachten 1973, vermerkte Moser: „Seit 1949 gab es in meinem Kärntner Landhaus gar viele Zusammenkünfte, Besprechungen, Beratungen und Konferenzen, aber nicht selten wurden auch in fröhlichem Zusammensein weitreichende Beschlüsse gefaßt. Im Gästebuch dieses ‚Hauses der Begegnung‘, wie es vielfach genannt wurde, gibt es von den delikaten Besuchen fast keinerlei Eintragungen, weil ja jedwede Dokumentation vermieden werden sollte.“

Nach De Gasperi, mit dem sich Moser bis zu dessen Tod 1954 noch oft freund(schaft)lich austauschte, wechselten in Italien die Regierungschefs beinahe jährlich; bis 1981 war das Amt des „Presidente del Consiglio die Ministri“ sozusagen ein „Erbhof“ der DC. Bis zum Abschluß des Südtirol-Pakets 1969 unter Mario Rumor, der zwischen 1968 und 1970 drei wechselnden, DC-geführten und -dominierten (Koalitions-)Regierungen vorstand, hatten sieben DC-Regierungschefs 14 Kabinetten vorgestanden. Mit allen pflegte(n) Moser (und die ÖVP) mehr oder weniger enge Kontakte. Zu Mario Scelba, der später traurige Berühmtheit erlangte, weil mit seiner Billigung 1961 in Carabinieri-Kasernen politische Häftlinge aus den Reihen des „Befreiungsausschuß Südtirol“ (BAS) gefoltert worden waren und er als damaliger Innenminister den Folterknechten dazu „freie Hand“ („mani libere“) gelassen hatte, waren sie ebenso intensiv wie zu Fernando Tambroni, Antonio Segni, Amintore Fanfani und Aldo Moro. 1962 hatte Moser ein geheimes Treffen zwischen dem stellvertretenden DC-Generalsekretär Giovanni Battista Scaglia sowie der DC-Fraktionsvizechefin Elisabetta Conci und ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm sowie Außenamtsstaatssekretär Ludwig Steiner eingefädelt, das in seinem Beisein am 12. Mai in der am Comer See gelegenen „Villa Bellini“ der mit ihm befreundeten Papierfabrikantin Anna Erker-Hocevar stattfand. Einmütiger Tenor des Treffens: Südtiroler „Friedensstörer“ seien „gemeinsame Feinde“ und als solche „unschädlich zu machen“.

Mosers Engagement ging so weit, daß er sich nicht scheute, daran mitzuwirken, hinter dem Rücken des damaligen Außenministers Kreisky (SPÖ) sozusagen „christdemokratische Geheimdiplomatie“ zu betreiben und dessen mit Giuseppe Saragat ausgehandeltes „Autonomie-Maßnahmenpaket“ zu desavouieren, welches die Südtiroler Volkspartei (SVP) dann auch am 8. Januar 1965 für „zu mager“ befand und infolgedessen verlangte, es müsse nachverhandelt werden. Schon am 6. Januar 1962 hatte er in einer an zahlreiche ÖVP-Politiker und -Funktionäre verschickten „Südtirol-Denkschrift“

bemerkt, Kreisky betreibe „eine dilettantisch geführte Außenpolitik“. Das bezog sich just auf den seit den verheerenden Auswirkungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens ersten erfolgreichen Schritt der Wiener Südtirol-Politik, nämlich den Gang Kreiskys 1960 vor die Vereinten Nationen. Die Weltorganisation zwang mittels zweier Resolutionen Italien zu „substantiellen Verhandlungen zur Lösung des Streitfalls“ mit Österreich, womit der Konflikt zudem internationalisiert und der römischen Behauptung, es handele sich um eine „rein inneritalienische Angelegenheit“, die Grundlage entzogen worden war.

**Josef Klaus beugt sich römischen Druck**

Der italophile Moser ist nicht selten als politischer Stichwortgeber auszumachen, wenn es um den Versuch der in Wien Regierenden – insbesondere der von der ÖVP gestellten Bundeskanzler der ersten 25 Nachkriegsjahre – ging, sich des mehr und mehr als lästig empfunden Südtirol-Problems zu entledigen. Dies trifft in Sonderheit auf die „Ära Klaus“ zu. Rudolf Moser fungierte just in der Südtirol-Causa als dessen enger Berater und wirkte, wie stets zuvor, als graue Eminenz. Die Regierung Klaus ließ sich – von Rom in der von Wien angestrebten EWG-Assoziierung massiv unter Druck gesetzt – auf (verfassungs-)rechtlich äußerst fragwürdige bis unerlaubte Händel ein, so beispielsweise auf die auf sicherheitsdienstlicher Ebene mit italienischen Diensten insgeheim verabredete Weitergabe polizeilicher Informationen über Südtiroler, obwohl dies für politische Fälle unzulässig war. Das Wiener Justizministerium und die für Rechtshilfe zuständigen Institutionen wurden dabei kurzerhand übergangen. Für alldies und einiges mehr gab Klaus, der hinsichtlich der Südtirol-Frage offensichtlich ähnlich dachte wie sein deklarierte Freund Rudolf Moser, Forderungen der italienischen Seite bereitwillig nach. Moser hatte alles getan, um sowohl 1965 in Taormina, wo ein UECD-Kongreß stattfand, als auch im Sommer 1966 ein geheimes Treffen in Predazzo, wohin Klaus im Anschluß an seinen üblichen Urlaub in Bonassola an der Ligurischen Küste reiste, mit Aldo Moro zustande zu bringen.

**Aus dem Dunkel ans Licht**

Mosers konspiratives Wirken endete 1969/70. Bevor er sich als Pensionist aufs Altenteil in seine Geburtsstadt Wien zurückzog, hinterließ er seine gesamten Aufzeichnungen, Dokumente und Pho-

tographien einem Kärntner Nachbarn. Begünstigt von einem glücklichen Zufall ist es Helmut Golowitsch gelungen, an den zeitgeschichtlich wertvollen Fundus zu gelangen, in den zuvor noch nie ein Historiker ein Auge geworfen hatte.

Ergänzt durch Material aus dem im niederösterreichischen Landesarchiv verwahrten Nachlaß Figs sowie durch einige Dokumente aus dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Tiroler Landesarchiv hat er ihn umsichtig aufbereitet, ausgewertet und im 1. Band seiner voluminösen Dokumentation publiziert, worin er die für die Geschehenserhellung brisantesten Notizen Mosers erfreulicherweise faksimiliert wiedergibt. Alle Moserschen Dokumente hat Golowitsch zudem zu jedermanns Einblick und Nutzung dem Österreichischen Staatsarchiv (ÖStA) übergeben. Aufgrund des zutage Geförderten scheint dem Rezensenten indes der Gedanke nicht ganz abwegig zu sein, daß es sich in Moser um einen italienischen Einflußagenten gehandelt haben könnte.



**Auch in den 1950er und 1960er Jahren organisierte Rudolf Moser geheime Treffen zwischen führenden Politikern der ÖVP und der Democrazia Cristiana. Selbst der letzte ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus (Bild) verließ sich auf das diskrete Wirken Mosers, da er eine Assoziierung Österreichs mit der EWG anstrebte und Widerstand aus Rom vermeiden wollte.**

Anhand womöglich vorhandener einschlägiger sicherheitsdienstlicher Befunde *ad personam* wäre es interessant, zu überprüfen, ob und wie ihn etwa die österreichische Staatspolizei (StaPo) einschätzte.

Ging es Golowitsch in Band 1 darum, aufzuzeigen, wie es Rom gewissermaßen unter Mithilfe aus Wien ermöglicht wurde, die betrügerische Scheinautonomie von 1948 zu verfügen, und wie das „demokratische Italien“ unter Führung der Christdemokraten (DC) skrupellos die faschistische Politik der Entnationalisierung der Südtiroler fortsetzte, so steht in den Bänden 2 – „Südtirol – Opfer geheimer



**Obwohl Bundeskanzler Figl die Rückkehr Südtirols nach Österreich als „Herzenssache“ und „Gebet jedes Österreicher“ bezeichnet hatte, stellte er über seinen Jugendfreund Rudolf Moser (Bild) einen diskreten Kontakt zu dem bis 1953 amtierenden Ministerpräsidenten De Gasperi her, willens, die Anliegen der Südtiroler einem guten Verhältnis mit Rom und der Democrazia Cristiana unterzuordnen. Diesem Zweck dienten auch mehrere Geheimgespräche mit De Gasperi.**

Parteipolitik“ – und 3 – „Südtirol – Opfer politischer Erpressung“ –, beide 2019 erschienen im Leopold Stocker Verlag, das geheime politische Zusammenspiel zwischen ÖVP und DC sozusagen en détail im Mittelpunkt. Dies samt und sonders während des für den hauptsächlich vom „Befreiungsausschuß Südtirol“ mit anderen als „nur“ politischen Mitteln von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre und gelegentlich darüber hinaus ausgetragenen Freiheitskampfes. Hierin zeigt Golowitsch Punkt für Punkt die – ja, man muß es in aller Deutlichkeit vermerken – Ergebnisspolitik der ÖVP(-geführten respektive Allein-)Regierung(en) gegenüber Italien anhand getroffener geheimer Absprachen zwischen ÖVP- und DC-Politikern und unter gezielter Umgehung staatlicher Institutionen sowie insbesondere Außenminister Kreiskys (SPÖ) auf.

Die römische Politik stand damals unter wachsendem Druck des BAS, dessen in Kleingruppen operierende Aktivisten Anschläge auf italienische Einrichtungen in Südtirol, vornehmlich Hochspannungsmasten, verübten. Trotz Massenverhaftungen und Folterungen von gefangenen BAS-Kämpfern in den Carabinieri-Kasernen wurden die italienischen Behörden dieser Bewegung nicht Herr. Innenminister Mario Scelba (DC), Gebieter über die Folterer, sah sich unter dem Druck der Ereignisse zur Einsetzung einer mehr oder minder paritätisch besetzten Studiengruppe zur Erarbeitung einer verbesserten Autonomie für den 1948 absichtlich in die vom italienischen Ethnium majorisierte Region Trentino-Alto Adige gezwungen. Die mit der Kommissionstätigkeit verbundene römische Absicht, deren Tätigkeit allmählich einschlafen zu lassen, war angesichts der trotz vieler nach der „Feuernacht“ 1961 verhafteten

und verurteilten Freiheitskämpfer fortgesetzten Tätigkeit von Österreich aus operierender BAS-Aktivistin indes zum Scheitern verurteilt.

Rom erpreßte infolgedessen Wien mit dem Einlegen seines Vetos gegen die anstehende EWG-Assoziierung Österreichs, indem es verlangte, in enger Zu-



Als echter Freund Südtirols erwies sich der sozialistische Außenminister und nachherige Bundeskanzler Bruno Kreisky (im Bild mit Südtirols Landeshauptmanns Silvius Magnago), der auch den Freiheitskampf des „Befreiungsausschuß Südtirol“ (BAS) unterstützte.

sammenarbeit mit den italienischen Sicherheitsdiensten den Südtiroler Widerstand zu brechen und gänzlich zu eliminieren. Dem diente ein angeblicher BAS-Anschlag am 25. Juni 1967 auf der Porzescharte, einem Gebirgsgrenzübergang zwischen Osttirol und der Provinz Belluno, der laut offizieller Darstellung Roms vier Italienern den Tod gebracht haben sollte. Am 29. Juni erklärte die italienische Regierung, Rom werde sich dem Beginn von EWG-Verhandlungen mit Wien so lange widersetzen, wie das Hoheitsgebiet Österreichs als „Zufluchtsstätte für Terroristen“ diene, woraufhin die ÖVP-Alleinregierung unter Kanzler Klaus in Südtirol-Fragen zunehmend auf die italienischen Vorstellungen einschwenkte.

### Konstruierter „Tatort“ und fragwürdige Justizverfahren

Aufgrund überzeugender Archivstudien und Analysen des Militärgeschichtlers Hubert Speckner sowie dreier Gutachten öffentlich bestellter und vereidigter Sprengmittelsachverständiger besteht heute kein ernst zu nehmender Zweifel mehr daran, daß die offizielle Geschehensdarstellung für das „Porze-Attentat, das keines war“, als Konstrukt italienischer Dienste gelten muß. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit mußten aufgrund eines von einem bei einer Verminungsübung des italienischen Militärs auf dem nicht weit entfernten Kreuzbergsattel hervorgerufenen Unfalls die dortigen Toten dazu herhalten, Opfer eines vorge-

täuschten BAS-Anschlags an einem eigens konstruierten und präparierten Tatort zu sein. Golowitsch breitet Speckners Erkenntnisse in einer eingängigen Dokumentation noch einmal minutiös und detailreich vor uns aus und schildert vor allem die folgenreiche Entwicklung, für die aufgrund von erfolgterten „Geständnissen“ zweier in Bozen inhaftierter österreichischer Verbindungsstudenten des „mörderischen Anschlags auf der Porzescharte“ von Italien beschuldigten und daher in Österreich inhaftierten BAS-Leute der „Gruppe Kienesberger“. Fatal war für Dr. Erhard Hartung, Peter Kienesberger und Egon Kufner, daß sich am 5. Juli 1967 die österreichische Bundesregierung dem italienischen Druck beugte und – wider den parteilosen Justizminister, Univ.-Prof. Dr. Hans Klecatsky, der stets von einer „italienischen Manipulation“ überzeugt war – die italienische Version des Geschehens als zutreffend akzeptierte.

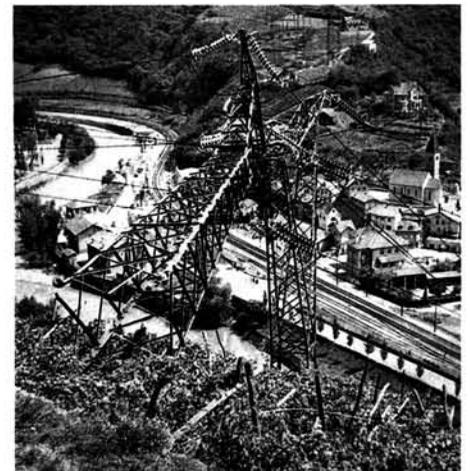
Den Beschuldigten wurde im Dezember 1968 der Prozeß gemacht. Das österreichische Innenministerium, ja die Republik selbst spielte dabei eine mehr als fragwürdige Rolle. Dem Gericht wurden wesentliche Beweismittel vorenthalten. Es lagen ihm weder Blutgruppenbestimmungen noch Obduktionsbefunde respektive Totenscheine vor, aus denen Näheres über die genaue Todesursache und deren Zustandekommen hätte festgestellt werden können. Anwaltliche Beweisangebote wurden abgelehnt. Ein hoher Sicherheitsbeamter machte darüber hinaus auch noch eine Falschaussage und verschwieg dem Gericht die dem Innenministerium vorliegenden gegenteiligen Augenzeugenberichte zum „Tatort“ auf der Porzescharte. Es kam zu einer erstinstanzlichen Verurteilung. Der Oberste Gerichtshof hob dieses Urteil jedoch auf, und in zweiter Instanz konnte die Verteidigung anhand von Sachverständigenutachten nachweisen, daß die Tat in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum von den Angeklagten nicht hatte begangen werden können. Im Mai 1971 kam es zum endgültigen Freispruch in Österreich.

Nicht hingegen in Italien, wo ein Gericht in Florenz Hartung und Kienesberger zu lebenslänglicher sowie Kufner zu 24 Jahren Haft verurteilte. Verfahren und Urteile, die von deutschen und österreichischen Höchstgerichten als gegen die Menschenrechtskonvention verstößend erklärt wurden, da die Angeklagten

weder anwesend noch durch Anwälte vertreten waren, sind noch immer in Kraft und würden die sofortige Inhaftierung für Hartung und Kufner – Kienesberger verstarb 2015 – bedeuten, sofern sie die Grenze zu Italien überschritten.

Von Italien Abhilfe zu erwarten, scheint ausgeschlossen; seit Antonio Salandra (Regierungschef von März 1914 bis Juni 1916) folgen alle römischen Polit-Onorevoli, ob links oder rechts, dessen Maxime des „Sacro egoismo“ („Heiliger Eigennutz“). Seine Geheimdienst-Archive öffnet es – *Secreto di stato* – nicht, es könnten ja viele manipulierte „Wahrheiten“ ans Licht kommen, die man lieber im Dunkeln beläßt. Peppino Zangrando, als Präsident der Belluneser Anwaltskammer von hoher Reputation, stellte schon 1994 in der „Causa Porzescharte“, in der er jahrelang recherchiert hatte, ein Attentat des BAS in Abrede. Er wollte damals schon den Fall neu aufrollen; sein Wiederaufnahmeantrag scheiterte indes an der Staatsanwaltschaft.

Was folgt aus alledem, was Golowitsch in drei ansprechend komponierten Dokumentations- und Dokumentenbänden eindringlich vor uns ausbreitet? Der BAS hat 1967 auf der Porzescharte kein Attentat verübt. Die dafür verantwortlich gemachten Personen (Prof. Dr. med. Erhard Hartung, Egon Kufner sowie der bereits verstorbene Peter Kienesberger) sind zu Unrecht verfolgt und von Italien zu gewissenlosen Terroristen gestempelt worden. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Geschehen, das sich offenkundig anders denn offiziell dargestellt abspielte, wäre es an der Zeit, das florentinische Schandurteil aus der Welt zu schaffen, mit denen sie gänzlich wahr-



In der „Feuernacht“ auf den 12. Juni 1961 wurden durch den BAS 37 Hochspannungsmasten gesprengt. Der Befreiungsausschuß wollte mit seinen Aktionen keine Menschen töten, sondern die Weltöffentlichkeit auf die von Italien auch nach dem Ende des Faschismus fortgesetzte Denationalisierungspolitik in Südtirol aufmerksam machen.

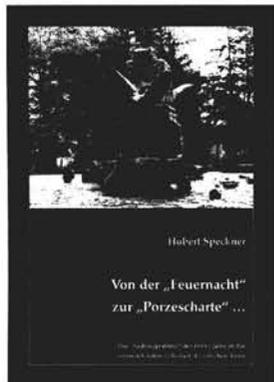
heits- und rechtswidrig für eine offenkundig nicht begangene Tat verurteilt und damit zu blutrünstigen Mördern gestempelt worden sind. Es versteht sich daher eigentlich von selbst, daß die trotz Freispruchs (in Österreich) nach wie vor mit dem Makel der Täterschaft behafteten und in ihrer persönlichen (Reise-) Freiheit eingeschränkten Personen endlich offiziell und überdies öffentlich vernehmlich zu rehabilitieren sind.

### Leisetreter am Ballhausplatz

Ein aus dem österreichischen Nationalrat an den damaligen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gerichteter dahingehender Versuch des FPÖ-Abgeordneten Werner Neubauer vom 17. Dezember 2013 erwies sich als ergebnislos. Faymann gab sich in seiner schriftlichen Antwort vom 17. Februar 2014 (GZ: BKA-353.110/0008-I/4/2014) auf Neubauers umfangreichen Fragenkatalog ahnungslos – sowohl gegenüber den Erkenntnissen aus Speckners Forschungsergebnissen als auch gegenüber Fragen nach eventuell vorliegenden Unterlagen zur „Intervention des Kanzlers Klaus bezüglich der Prozessführung durch den Richter Dr. Kubernat im Dezember 1968 beim Landesgerichtspräsidenten“. Und in allen anderen Fragen erklärte Faymann das Kanzleramt für unzuständig.

Auch an das österreichische Staatsoberhaupt gerichtete Anfragen erwiesen sich letztlich als nicht zielführend. Der damalige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hatte zwar „Auftrag gegeben, dieses Buch eingehend zu studieren. Erst nachher wird die Beurteilung der Frage möglich sein, ob sich über den bisher schon bekannten Sachverhalt hinaus neue Gesichtspunkte in dieser Angelegenheit ergeben“, wie er am 28. August 2013 an den „sehr geehrten Herrn Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsclubs, Abg. z. NR Heinz-Christian Strache, FPÖ Bundesparteiohmann“ schrieb. Doch am 7. Februar 2014 teilte er diesem mit: „Wie ich in meinem Schreiben vom 28. August 2013 in Aussicht gestellt habe, wurde dieses Buch von Mitarbeitern der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei durchgelesen. Ein Beweis dahingehend, dass die vom italienischen Geschworenengericht verurteilten Personen nicht ‚die Täter gewesen sein konnten‘, ist aus dem Buch nach Ansicht meiner Mitarbeiter nicht eindeutig abzuleiten. Was mögliche Begnadigungen an-

langt, darf ich auf die Ihnen bekannten, bisher schon gesetzten Schritte hinweisen. Ich werde dieses Thema bei geeigneten Gelegenheiten auch in Zukunft im Auge behalten.“



Hubert Speckner  
Von der „Feuernacht“ zur  
„Porzescharte“ ...  
768 Seiten, geb.  
Gra&Wis, 2016  
€ 49,00

**Italien warf den Südtiroler Freiheitskämpfern vor, bei einem Anschlag auf der Porzescharte 1967 vier italienische Soldaten getötet zu haben. Doch der BAS hat auf der Porzescharte kein Attentat verübt. Dem österreichischen Militärhistoriker Hubert Speckner gelang es, nachzuweisen, daß es sich um eine Inszenierung des italienischen Geheimdienstes handelte, wobei die Soldaten unter ganz anderen Umständen ums Leben gekommen waren und an dem eigens konstruierten „Tatort“ nur abgelegt wurden.**

Auf neuerliches Nachsetzen des Abgeordneten Neubauer (Schreiben vom 1. Dezember 2014) ließ Fischer am 12. Dezember 2014 seinen „Berater für europäische und internationale Angelegenheiten“, Botschafter Dr. Helmut Freudenschuss, antworten (GZ S130040/221-IA/2014). Darin hieß es, es gehe „nicht um die Bewertung des Buches, sondern ausschließlich darum, ob die darin enthaltenen Ausführungen über die bereits gesetzten Schritte hinaus eine weitere Intervention gegenüber den italienischen Organen nahelegen. Sie wissen sicher, dass der Herr Bundespräsident das Thema der Begnadigungen immer wieder – zuletzt am 11. November 2014 – im Gespräch mit dem italienischen Staatspräsidenten zur Sprache gebracht hat. Die italienische Vorbedingung – nämlich Gnadengesuche der Betroffenen – ist aber offenbar nicht erfüllbar.“

### Unziemliche Empfehlungen und Schande für Österreich

Seit Jahren raten und/oder empfehlen regierende österreichische Bundes- und Landespolitiker (vornehmlich jene Tirols und zuvorderst jene von ÖVP und SPÖ), aber auch Politiker des 1919 von Italien annektierten südlichen Teils Tirols, vorzugsweise jene der Südtiroler Volkspartei (SVP), „Betroffenen“, deren Taten – seien sie bewiesen oder unbewiesen, seien sie begangen oder nicht begangen, seien sie von BAS-Aktivisten verübt oder diesen durch italienische Manipulationen untergeschoben worden – bereits ein halbes Jahrhundert und länger zurückliegen, mögen doch bitteschön Gnadengesuche einreichen. Mit Verlaub – das ist Chuzpe.

Abgesehen davon, daß italienische Staatsoberhäupter längst Terroristen aus den Reihen der „Roten Brigaden“ re-

spektive aus dem rechtsextremistischen Milieu begnadigten, sich bisher aber stets ablehnend gegenüber den letzten verbliebenen Südtirolern verhielten, setzt der Gnadenakt für diese deren Gnadengesuch voraus. Alle unrechtmäßig Beschuldigten und zudem menschenrechtswidrig Verurteilten – und um solche handelte es sich bei den Dreien der „Causa Porzescharte“ – wären doch von allen guten Geistern verlassen, so sie um Gnade bettelten für eine Tat, die sie nicht begangen haben. Daß indes maßgebliche Organe der Republik Österreich, die sich damals schon hasenfüßig und Italien gegenüber unterwürfig verhielten, auch 50 Jahre danach noch ihrer Fürsorgepflicht für zwei ihrer jahrelang politisch und justitiell verfolgten Staatsbürger offenkundig nicht nachkommen (wollen), darf man mit Fug und Recht eine Schande nennen.

Eine Schande für die österreichische Politik war es auch, die von Rom unter ständigen Hinweisen auf das EWG-Veto verlangte „Präventivhaft“ – wie sie in Italien auf der Grundlage fortbestehender faschistischer Rechtsnormen möglich war – über geflüchtete Südtiroler zu verhängen und sogar deren Auslieferung zu erwägen. Weil der besagte parteifreie Justizminister Klecatsky unter Hinweis auf die österreichische Rechtsordnung dem im Ministerrat allen Ernstes vorgetragenen Ansinnen anderer entschieden entgegentrat, womit die Sache formell erledigt war, hatte man im Wiener Innenministerium einen Rom entgegenkommenen Ausweg erdacht: Die von den italienischen Stellen namhaft gemachten Südtiroler wurden kurzerhand in Schubhaft genommen. Gelang es diesen Schubhäftlingen trotz enormer Schwierigkeiten, eine gerichtlich verfügte Aufhebung ihrer Inhaftierung zu erreichen, sperrte man sie unter einem neuen Schuldvorwurf wieder ein.

Derartige und andere unschöne Vorgehensweisen stehen in Golowitschs drittem Band im Zentrum. Dazu gehört samt und sonders die politische Preisgabe einer fundamentalen, auf internationalem Recht fußenden Absicherung des Südtiroler Autonomie-„Pakets“. Und dazu gehört nicht zuletzt die dokumentarisch belegte Schilderung von Winkelzügen, die im diplomatischen Hintergrund, somit im Geheimen (also der Öffentlichkeit und den Südtirolern als Betroffenen verborgen bleibend) abliefen und politische Händel ermöglichten.

Dr. Bruno Hosp war als junger Student mit führenden BAS-Kämpfern wie beispielsweise Jörg Klotz und Luis Amplatz befreundet. Hosps Wort ist auch aufgrund langjähriger Mitwirkung an der

politischen Gestaltung Südtirols in der „Paket- und Nachpaket-Ära“ – als SVP-Landespartei sekretär unter Silvius Magnago, sodann viele Jahre als Landesrat für deutsche und ladinische Kultur sowie Denkmalpflege, sodann auch als Zeitzeuge aus der Erlebnisgeneration – von Gewicht. In seinem von persönlichen Er-



Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung (hier links im Bild mit Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker und dem Autor Helmut Golowitsch (rechts) bei der Präsentation der Bücher in Wien) ist wegen des nie begangenen Anschlages auf der Porzscharte in Italien nach wie vor zu lebenslanger Haft verurteilt.

fahrungen geprägten und von den jüngeren zeitgeschichtlichen Forschungsergebnissen beeinflussten Geleitwort „Südtirolpolitik mit Makeln“ zu Golowitschs drittem Band stellt er sich und allen Betroffenen sowie Interessierten die Frage: „Wie sah die österreichische Südtirolpolitik jener Jahre wirklich aus?“ Räsonierend beantwortet er sie: „Generell vermisst man das österreichische Selbstbewusstsein gegenüber dem italienischen Staat, der seinerseits ‚Freundschaft‘ gegenüber Österreich im Falle Südtirols meist vermissen ließ. Es ist eine weiterwirkende politische Konstante. Die österreichische Konstante dagegen ist die Grundtendenz, lieber Wohlverhalten zu zeigen als strategisch-entschlossene Politik im Landesinteresse, zu dem auch Südtirol zählt, zu betreiben.“

### Ernüchterung

Ernüchert fährt Hosp fort: „Der unvoreingenommene Leser der Darstellung von Helmut Golowitsch kommt nicht umhin festzustellen, dass die Südtirolpolitik der ÖVP und der Regierung Dr. Josef Klaus in ihrer Grundorientierung zwar Südtirol helfen wollte, doch der Wunsch Österreichs nach dem Beitritt zur EWG zu oft sehr peinlichen Unterwerfungsgesten gegenüber der italienischen Staatsmacht im Allgemeinen und der Democrazia Cristiana (DC) mit ihrer zentralistisch-nationalistischen Ausrichtung im Besonderen führte. Dies wurde Südtirol natürlich verheimlicht. Eingestanden hat man es bis heute nicht. Das viel beschworene ‚Herzensanliegen Südtirol‘ blieb in seiner politi-

schen Ausrichtung oft halbherzig. Man wollte alles für Südtirol tun, aber zugleich nichts, was die italienische Staatsmacht störte. Die Regierung in Wien umging auch oft genug das Bundesland Tirol, dessen Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (ÖVP), sein Stellvertreter Dr. Hans Gamper (ÖVP), Landesrat Rupert Zechtl (SPÖ) und einige andere herausragende politische Persönlichkeiten stets strategisch-konsequent Südtiroler Lebensinteressen vertraten. Die Regierung Dr. Josef Klaus umging aber auch ihren SPÖ-Außenminister Dr. Bruno Kreisky, der diplomatisch-weitsichtig und kämpferisch-unbeugsam für Südtirol eintrat, die Südtirolfrage vor die UNO brachte und in seiner Zeit als Bundeskanzler wohlbedacht keine Anstalten machte, den zweifelhaften IGH-Vertrag zu ratifizieren.“

Diesen Feststellungen Hosp ist uneingeschränkt zuzustimmen, weshalb der Rezensent zu seiner Schlussfolgerung gelangt: Historische Forschung ist stets ein Ringen um Wahrheitssuche, und Geschichtsschreibung ist ausschließlich der Wahrheit verpflichtet, nicht einer Ideologie, einem „erkenntnisleitenden Interesse“, welches direkt zu einer mitunter staatlichen Interessen entsprechenden Geschichtspolitik führt, wie sie heutzutage unter der Vorgabe, allein „dem Humanen verpflichtet“ zu sein, die

Regel statt die Ausnahme ist. Und worunter das unbestechliche Urteil leidet. Geschichtsforschung und -schreibung hat jedweder Versuchung zu widerstehen, aus berufspolitischen oder akademischen Opportunismus oder beidem, bisweilen gepaart mit Sendungsbewusstsein und/oder Eiferertum, politisches, wirtschaftliches, soziales, gesellschaftliches Geschehen anders zu schildern, als es wirklich war, und zu bewerten, wie es politischer Korrektheit, Zeitgeist und Mainstream frommt.

Helmut Golowitschs dreibändige historisch-politische Dokumentation zur Südtiroler Zeitgeschichte folgt den Maximen von Wahrheit und Gerechtigkeit, zeigt auf, was andere ignorier(t)en und/oder (un-)bewußt ausblende(te)n. „Jeder wahrheitsbewusste und weltoffene österreichische Patriot und jeder Südtiroler, der sich aus guten Gründen als Österreicher fühlt, wird das Vaterland Österreich nicht weniger lieben, wenn er unverfälscht die ganze Wahrheit erfährt, wie die österreichischen Regierungen jener Jahre es mit Südtirol wirklich hielten. Vaterlandsliebe, die die Wahrheit nicht ausblendet, wird sich vielmehr mit einem sehr nüchternen Sinn verbinden, der zur politischen Klarsicht befähigt“, schreibt Hosp zu Recht. Golowitschs quellengesättigte Tatsachenschilderung und seine Beschreibung der Zusammenhänge in drei ins sich geschlossenen und mit unzähligen Originaldokumenten angereicherten Bänden führen zu einer notwendigen vertieften, korrigierenden Sicht auf die österreichische Südtirolpolitik, der weite Verbreitung zu wünschen ist.



### Südtirol

Opfer für das westliche Bündnis



Helmut Golowitsch  
**Südtirol – Opfer für das westliche Bündnis**  
Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte  
607 Seiten, geb.  
Leopold Stocker Verlag,  
2017, € 34,8



### Südtirol

Opfer geheimer Parteipolitik



Helmut Golowitsch  
**Südtirol – Opfer geheimer Parteipolitik**  
Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte  
462 Seiten, geb.  
Leopold Stocker Verlag,  
2019, € 29,90



### Südtirol

Opfer politischer Erpressung



Helmut Golowitsch  
**Südtirol – Opfer politischer Erpressung**  
Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte  
544 Seiten, geb.  
Leopold Stocker Verlag,  
2019, € 29,90